Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 5

Artikel: Der Krieg droht! : Was tun?
Autor: Oprecht, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-331805

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Krieg droht! - Was tun?

Vorbemerkung: Der Einwand, daß die nachfolgend von mir verfochtene These einseitig darauf beruhe, daß Hitler und mit ihm das nationalsozialistische Deutschland den Krieg wollen, wird ohne Zweifel manchenorts erhoben werden. Es sei doch eher das Bestreben von Hitler, genau so wie seit 10 Jahren dasjenige von Mussolini, möglichst lange mit seinen Nachbarn im Frieden zu leben, um die nationalsozialistische Diktatur im Innern um so stärker befestigen und ausbauen zu können. Das militärische Bramarbasieren Hitlers diene lediglich innerpolitischen Zwecken. Ich vermag persönlich solchem Optimismus nicht zu folgen. Mir scheint, daß in Deutschland geradezu alles auf den Krieg hin drängt. Ich bin einwandfrei darüber informiert worden, und zwar aus reichsdeutscher zuverlässiger Quelle, daß mit wilder Entschlossenheit die gesamte Produktion auf den bevorstehenden Krieg umgestellt worden ist, daß in Deutschland alles nur noch vom Kriege spricht, daß in den Schulen, in den Kinos, in den Theatern in allen möglichen Formen der Krieg heiliggesprochen und gepredigt wird.

Das alles bloß dem Schein zuliebe? Ich vermag das nicht zu glauben! Wenn es dennoch so wäre, wenn Hitler und die führenden Nationalsozialisten den Krieg tatsächlich nicht wollten — könnten sie ihn überhaupt noch verhindern? Gilt nicht gerade für den Nationalsozialismus in besonderem Maße: »Die ich rief, die Geister, werd' ich nicht mehr los.«

Damit muß ganz ernsthaft von der Arbeiterschaft die Lage geprüft und ihr ruhig und entschlossen ins Angesicht geschaut werden: »Was tun, wenn der Krieg da ist?« Hans Oprecht.

Die Kriegsgefahr ist in den letzten Monaten nicht nur im Fernen Osten, sondern auch in Europa erschreckend groß geworden. Es scheint bald nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann Japan mit Rußland den Krieg beginnt. Bisher hat lediglich die kluge Zurückhaltung der Russen den Kriegsausbruch verhindern können. Die Verständigung der Russen mit den USA. bildet dabei ein weiteres Glied in der Kette der diplomatischen Erfolge der sowjetrussischen Außenpolitik. In Europa bildet Deutschland Pulverfaß und Lunte zugleich, um den Weltfrieden in die Luft zu sprengen. Niemand weiß, wann der verheerende Funken geschleudert wird.

So steht die Arbeiterbewegung aller Länder, die noch nicht vom Faschismus beherrscht werden, vor einer ungeheuer schweren Doppelaufgabe, die zu lösen geradezu gigantische Kräfte erfordert:

Wie kann der drohende Krieg verhindert werden?

Was tun, wenn der Krieg dennoch ausbricht?

Wir sind nicht der Meinung derjenigen, die glauben, daß die Arbeiterschaft keine Veranlassung habe, sich mit der Lösung der zweiten Frage zu beschäftigen — es genüge, alles dafür zu tun, um den Krieg zu verhindern. Wir erinnern daran, wie in der Vorkriegszeit die Problemstellung in der Kriegsfrage sich in der Hauptsache darauf beschränkt hat, gegen den Krieg Resolutionen zu fassen und gegen den Krieg zu demonstrieren, ohne daß damit der Ausbruch des Welt-

krieges im Jahre 1914 verhindert werden konnte. Dabei bildet selbstverständlich immer noch und wird es ständig bleiben, Aufgabe der Arbeiterbewegung eines jeden Landes, den Ausbruch des Krieges zu verhindern zu suchen.

Aber wenn das nicht gelingt?

Wir glauben nicht, daß diejenigen recht behalten werden, die mit Coué behaupten: Ça passe, ça passe!

Seit Hitler Deutschland regiert und seit er unbestrittenerweise auf dem internationalen Parkett der hohen Politik mehr Erfolge erzielt als seine republikanischen Vorgänger, ist die Gefahr eines Krieges mit jedem Tag drohender geworden. (Wobei die englische Arbeiterpartei Hitler und seiner Politik in verblendeter Weise die besten Sekundantendienste leistet!) So muß die Arbeiterbewegung eines jeden Landes ganz konkret zur Frage Stellung beziehen:

Was tun, wenn Hitler angreift?

Auch für die schweizerische Arbeiterbewegung gilt solche Problemstellung. Die Kriegsfrage wird derzeit von den Arbeitern in den Betrieben, in den Werkstätten, von den Angestellten in den Büros, überall eifrig und ernsthaft diskutiert. »Wir sind alle Kriegsgegner. Wir sind damit gegen die Landesverteidigung. Aber wenn die Hitlerbanden kommen, was dann?«

In der Praxis beantwortet im besondern die Arbeiterjugend diese Frage ohne besondere Bedenken. In den Auseinandersetzungen mit den Frontisten steht die Arbeiterjugend häufig an der Spitze und will begreiflicherweise nicht begreifen, daß die Polemik mit den Anhängern der verschiedenen Fronten nicht in erster Linie mit den Fäusten auszutragen sei. Die Arbeiterjugend ginge den Fronten, das heißt dem innern Feind, dem schweizerischen Faschismus gegenüber, am liebsten »drauf und dran«. Diese selbe Arbeiterjugend, in einem prinzipiellen Antimilitarismus, lehnt in der Theorie jede Verteidigung des Landes ab dem Faschismus gegenüber, der von außen droht. Weil dabei nur die Banken und die großen kapitalistischen Unternehmungen zu verteidigen wären! Wie diese Jugend bei einem Hitler-Angriff in der Tat sich verhalten dürfte, darüber bestehen meinerseits keine Zweifel. Im Zürcher Volkshaus saß ich vor einigen Tagen in der alkoholfreien Wirtschaft zufällig an einem Tisch mit einem ältern und einem jüngern Arbeiter. Ihre Unterhaltung drehte sich um den Reichstagsbrandprozeß, um den deutschen Nationalsozialismus und um den bevorstehenden Krieg. Der junge Arbeiter sprach sehr heftig. Er hielt den Krieg als unvermeidlich, sah darin für die Arbeiterjugend, die unter der Krise furchtbar leide, den Ausweg und meinte zum Schluß: »Damit erhalten wir zugleich die Möglichkeit in die Hände gegeben, die Waffen gegen unsere Ausbeuter zu richten. Wir hoffen geradezu darauf, daß der Krieg zu unserem Krieg werde.« —

Was soll die Arbeiterschaft nun aber als politische Bewegung eines Landes tun, wenn der Krieg ausbricht, sie ihn nicht verhindern konnte, trotz allen Anstrengungen ihrerseits? Wir denken dabei nicht zuletzt an einen Angriffskrieg von seiten des nationalsozialistischen Deutsch-

land. Wie der einzelne sich im konkreten Kriegsfall verhält, interessiert hier nicht. Das ist seine Sache. Wir wollen Klarheit darüber, wie die Arbeiterbewegung eines Landes politisch sich einzustellen hat für den Fall, daß der Krieg entgegen all ihrem Widerstand zum Ausbruch kommt. Welche Politik soll die organisierte Arbeiterschaft für diesen Fall vertreten?

Wir sind der Auffassung, daß die Arbeiterbewegung dabei auf keinen Fall fatalistisch die Hände in den Schoß legen darf, um ein von Gott ihr gesetztes Schicksal zu ertragen. Die Arbeiterschaft muß aktive Politik auch im Kriegsfall treiben auf die Gefahr des Unterganges im Weigerungsfalle, das heißt die Arbeiterschaft muß für die »Landesverteidigung« eintreten. Sie kann dies tun, sofern »ihr Land« der Verteidigung wert ist. Solches bildet Alfa und Omega einer jeden Stellungnahme der Arbeiterschaft in der Frage der Landesverteidigung. Wenn das Land, das verteidigt werden soll, schon halb oder ganz faschisiert ist, dann fällt jeder Versuch, die Arbeiterschaft für die Landesverteidigung zu gewinnen, von vornherein dahin. Anders aber, sobald die Arbeiterschaft »ihr Land« der Verteidigung wert hält. Das gilt im besondern dann, wenn die Arbeiterschaft die Geschicke des Landes in die eigenen Hände genommen hat. Darum hängt die Frage der Landesverteidigung eng zusammen mit der Frage der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterschaft. Wir sind nicht der Meinung, daß die Arbeiterschaft nur einen sozialistischen Staat dem Faschismus gegenüber zu verteidigen habe. Wir sind der Meinung, daß die Arbeiterschaft einen Staat auch dann zu verteidigen hat, wenn sie gemeinsam mit den ihr nahestehenden Volksschichten darin an der Macht ist. Deswegen muß heute die Arbeiterklasse mit allen Mitteln dafür kämpfen, gemeinsam mit den Mittelschichten, den Kleinbauern, den Gewerbetreibenden, den Angestellten die politische Macht zu erlangen. Darum muß heute der Versuch unternommen werden, möglichst viel Einfluß auf die Landespolitik auszuüben. Die Arbeiterschaft muß immer deutlicher und stärker das Gefühl in sich tragen, daß das Land von ihr verteidigt werden müsse, weil es »ihr Land« sei. Solch Gefühl kann aber nur dann auftreten, wenn die Arbeiterschaft landesintern den Faschismus, das heißt die Fronten, mit Erfolg und mit Unterstützung der Behörden bekämpfen kann. Solange die Arbeiterschaft aber solch ein Gefühl nicht besitzt, tritt die Fragwürdigkeit einer jeden Landesverteidigung deutlich an den Tag. Darum muß die Arbeiterschaft politisch die Führung im Lande mit übernehmen. Sie muß mit den Bauern zusammen die Politik des Landes bestimmen. Bauern und Arbeiter zusammen müssen die Schweiz regieren. Wie sich die drei Volksklassen, die Arbeiter, die Bauern und die Mittelschichten, zusammenfinden können, das lehrt derzeit Belgien. Der Weihnachtskongreß der belgischen Arbeiterpartei hat dem Aktionsplan Hendrik de Mans zugestimmt. Sein Zweck läuft darauf hinaus, für die Arbeiterschaft zusammen mit den Mittelschichten die Landesregierung zu erobern. Belgien ist leuchtendes Beispiel dafür, wie Arbeiterschaft und Mittelschichten politisch zur Macht kommen

können, wenn sie wollen. Nicht die Diktatur des Proletariats, noch ein verbürgerlichter Reformismus können dazu verhelfen: Es muß die gemeinsame Herrschaft von Arbeiterklasse und Mittelschichten gegen das Großkapital im Lande errichtet werden. Ein sozialistischer Staat besteht damit noch nicht. Die Herrschaft von Arbeiterschaft und Mittelschichten bildet lediglich eine höhere Stufe der Demokratie und kann zum sozialistischen Staat führen. Aber jede gemeinsame Herrschaft von Arbeiterschaft und Mittelschichten verdient gegenüber faschistischen Angriffen verteidigt zu werden. Deswegen konnte Vandervelde in der belgischen Kammer gegen die Bewilligung neuer militärischer Kredite sich aussprechen, weil die Arbeiter in Belgien noch nicht an der Macht seien, dabei aber zugleich für die »Landesverteidigung« gegenüber dem Faschismus sich erklären. Deswegen hat Léon Blum in der französischen Kammer der stärkern Aushebung von Rekruten zugestimmt, weil er das Land gegenüber dem Faschismus verteidigen will. Deswegen hat die österreichische Arbeiterschaft für die »Landesverteidigung« gegenüber dem deutschen Nationalsozialismus sich ausgesprochen, unter der Voraussetzung, daß dabei der Faschismus im Lande selber bekämpft werde. Damit scheint mir der Weg, den die schweizerische Arbeiterbewegung zu gehen hat, gezeichnet. Die schweizerische Arbeiterschaft muß mit allen Mitteln, die zur Verfügung stehen, gemeinsame Politik mit den Bauern zu machen versuchen, mit ihnen in der Krise die Regierung des Landes übernehmen, um damit die formale Demokratie in eine wirtschaftliche und soziale Demokratie überführen zu suchen. Es gilt daher, ein Aktionsprogramm zu schaffen, das propagandistisch für die gemeinsame Regierung von Bauern und Arbeiterschaft wirbt und das diese Regierung zugleich, wenn sie ans Ruder gelangt, zu politischen Taten zwingt.

Die Thesen zur Wehrfrage

Vorbemerkung: Die vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz eingesetzte Kommission zur Vorbereitung von Thesen zur Wehrfrage hat letzte Woche in Luzern Sitzung abgehalten. Mit einigen Abänderungen hat sie einem im Sinne der Parteivorstandsdiskussion gehaltenen Entwurf des Genossen Robert Grimm (mit sechs gegen zwei Stimmen) zugestimmt. Für die Thesen, die wir heute veröffentlichen, stimmten die Genossen Robert Grimm, Genossin Kissel (Baselland), Nobs (Zürich), Ernst Reinhard (Bern), Arthur Schmid (Aarau), Parteisekretär Ernst Walter (Zürich). Dagegen stimmten Schneider (Basel), Graber (Neuenburg). Vor der Abstimmung hatte die Genossin Seiler (Genf), die sich gegen die Thesen ausgesprochen hatte, verreisen müssen.

Die Red.

I.

Die SPS. ist grundsätzlich Gegnerin des Militarismus und des Krieges. Sie erblickt in der vollständigen Liquidation aller Kriegs-